

Niederschrift

über die 10. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Geilenkirchen am Mittwoch, dem 30.09.2015, 18:00 Uhr im Großen Sitzungssaal, Markt 9, 52511 Geilenkirchen

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1. Mitteilungen des Bürgermeisters
2. Beschlussfassung über die Verwendung der Finanzmittel aus dem Kommunalinvestitionsförderfonds des Bundes
Vorlage: 364/2015
3. Bürgerantrag zur Zahlung eines Zuschusses zum Bürgertreff
Vorlage: 374/2015
4. Verschiedenes

II. Nichtöffentlicher Teil

5. Grundstücksangelegenheiten
- 5.1. Inanspruchnahme von städtischen Grundstücken zum Anschluss der Windkraftkonzentrationszone im Bereich Heinsberg-Randerath an das Stromnetz
Vorlage: 363/2015
6. Auftragsvergaben
- 6.1. Vergabe der Gerüstbauarbeiten im Zusammenhang mit dem Neubau des städtischen Hallenbades
Vorlage: 375/2015
- 6.2. Aufstellung über Auftragsvergaben nach § 11 Abs. 4 Buchstabe j) i.V.m. § 11 Abs. 5 der Zuständigkeitsordnung vom 16.12.1999
Vorlage: 376/2015
7. Verschiedenes

Anwesend waren:

Vorsitzender

1. Herr Bürgermeister Thomas Fiedler

Mitglieder

2. Herr Marko Banzet
3. Herr Hans-Jürgen Benden
4. Herr Dr. Stefan Evertz
5. Herr Helmut Gerads
6. Herr Christoph Grundmann Hoffmann Vertretung für Herrn Horst-Eberhard
7. Frau Gabriele Kals-Deußen
8. Herr Michael Kappes
9. Herr Heinz Kohnen
10. Herr Christian Kravanja
11. Herr Leonhard Kuhn
12. Herr Stefan Mesaros
13. Herr Willi Münchs
14. Herr Raimund Tartler Vertretung für Herrn Uwe Neudeck
15. Herr Max Weiler
16. Herr Wilhelm Josef Wolff

Von der Verwaltung

17. Herr Erster Beigeordneter Herbert Brunen
18. Herr Technischer Beigeordneter Markus Mönter
19. Herr Daniel Goertz
20. Herr Peter Klee

Protokollführerin

21. Frau Sandra Schuhmachers

Es fehlten

22. Herr Nikolaus Bales
23. Herr Horst-Eberhard Hoffmann
24. Herr Nils Kasper
25. Herr Manfred Mingers
26. Herr Uwe Neudeck
27. Herr Hans-Josef Paulus
28. Herr Harald Volles

I. Öffentlicher Teil

Um 18 Uhr eröffnete Bürgermeister Fiedler die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses. Er begrüßte die Öffentlichkeit, die Vertreter der Presse, den zukünftigen Bürgermeister Herrn Schmitz und alle Anwesenden. Er stellte fest, dass die Einladung frist- und formgerecht zugestellt worden sei und keine Anträge zur Änderung der Tagesordnung eingereicht worden seien. Auch Beanstandungen zu Niederschrift habe es nicht gegeben.

Bürgermeister Fiedler erklärte, dass Herr Stadtverordneter Bales sich entschuldigt habe. Herr Stadtverordneter Hoffmann werde von Herrn Stadtverordneten Grundmann vertreten. Herr Stadtverordneter Mingers sei ebenfalls entschuldigt. Als Vertreter für Herrn Stadtverordneten Neudeck nehme Herr Stadtverordneter Tartler an der Sitzung teil. Die Herren Stadtverordneten Paulus, Volles und Kasper seien ebenfalls verhindert.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wies Bürgermeister Fiedler darauf hin, dass die Stadtverordneten Frau Kals-Deußen und Herr Mesaros ihr Mandat nicht mehr als Angehörige der SPD-Fraktion wahrnehmen. Herr Stadtverordneter Grundmann sei nun Fraktionsvorsitzender und Herr Stadtverordneter Banzet stellvertretender Fraktionsvorsitzender.

TOP 1 Mitteilungen des Bürgermeisters

Bürgermeister Fiedler teilte mit, dass die Partei Die Republikaner NRW ein Anschreiben an alle Bürgermeister in NRW gesendet hätten. In diesem Schreiben sei ein Antrag nach § 24 GO NRW zur Verleihung der Ehrenbürgerschaft an den ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orban gestellt worden. Der Städte- und Gemeindebund habe sich in einer Stellungnahme bereits zu diesem Antrag geäußert. Der Antrag sei durch die Republikaner zur Steigerung ihrer Publizität eingereicht worden und müsse dem Rat vorgelegt werden, da dem Bürgermeister kein Vorprüfungsrecht zustehe. Bürgermeister Fiedler schlug vor, den Antrag der Einladung zur Ratssitzung am 21.10.2015 beizufügen. Der Rat könne die Angelegenheit in der Sitzung von der Tagesordnung absetzen, falls eine Befassung mit dieser Angelegenheit abgelehnt werde.

Ferner berichtete Bürgermeister Fiedler, dass Herr Dr. Plum seinen Sitz als sachkundiger Bürger der SPD-Fraktion im Stewi abgegeben habe. Eine Mitteilung über Veränderungen solle an die Stadtverordneten ergehen. Dem HFA werde die Änderung zur Kenntnisnahme mitgeteilt.

**TOP 2 Beschlussfassung über die Verwendung der Finanzmittel aus dem Kommunalinvestitionsförderfonds des Bundes
Vorlage: 364/2015**

Herr Stadtverordneter Wolff erklärte, dass die CDU-Fraktion dem Verwaltungsvorschlag zustimmen werde. Ökonomische und ökologische Aspekte seien in dem Vorschlag berücksichtigt worden. Die Sanierung der Sporthalle in Lindern sei dringend notwendig. Momentan werde bei der Nutzung des Gebäudes sehr viel Energie unnötig verbraucht. Nach der Sanierung könne die Halle in Zusammenarbeit mit Vereinen für öffentliche Veranstaltungen genutzt werden. Da der Ortsteil Lindern wachse, sei die Maßnahme sinnvoll. Auch die Maßnahme in Bauchem sei insbesondere im Hinblick auf die kurze Amortisationszeit begrüßenswert. Die energetische Erneuerung im Bereich der LED-Straßenbeleuchtung sei ebenfalls gut und weise eine kurze Amortisationszeit auf.

Herr Stadtverordneter Benden führte aus, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in diesem Punkt eine ähnliche Auffassung wie die CDU-Fraktion habe. Die Maßnahme in Lindern sei notwendig. Die Ortsvereine hätten ihre Mitwirkung an der Maßnahme zugesichert, was eine Bedingung zur Durchführung der Sanierung sei. Eine Eigenleistung der Vereine sei notwendig. Daher werde die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen der Sanierung der Halle in Lindern zustimmen. Herr Stadtverordneter Benden stellte klar, dass die Amortisationszeit bei der energetischen Erneuerung der Straßenbeleuchtung auf LED-Technik nur so gering ausfalle, weil der städtische Anteil an der Finanzierung lediglich zehn Prozent betrage. Für die Straßenbeleuchtung seien für die nächsten Jahre 300.000 Euro eingeplant. Diese Summe reiche jedoch nicht aus. Nach Aussage des Kämmerers seien zusätzliche 120.000 Euro notwendig auf Grund einer Gesetzesänderung. In Bauchem seien nur 150.000 Euro für die Erneuerung und energetische Sanierung des Daches eingeplant worden. Es gebe jedoch abgesehen vom Dach viele weitere sanierungsbedürftige Stellen. Eine energetische Sanierung des Daches ohne Betrachtung des übrigen Gebäudes entfalte keine große Wirkung. Die Sanierung des übrigen Gebäudes sei nicht dringend. Daher solle die Verwaltung ermitteln, welche Maßnahmen zur energetischen Sanierung der Sporthalle in Bauchem erforderlich seien. Möglicherweise könnten auch kleine Maßnahmen einen großen Beitrag zur energetischen Sanierung der Sporthalle leisten. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen schlage daher vor, die Ausgaben für die Erneuerung der Straßenbeleuchtung auf LED zu senken. Dies sei nach Auffassung der Fraktion möglich, da bereits 300.000 Euro im Haushalt eingeplant seien. Alternativ können Gelder, die nach Erledigung der drei vorgeschlagenen Maßnahmen noch übrig seien, für die energetische Sanierung der Sporthalle Bauchem eingeplant werden. Es solle vermieden werden, dass für die Sporthalle Bauchem in Zukunft ein ähnlich hoher Zuschussbedarf wie aktuell für die Halle in Lindern entsteht.

Herr Technischer Beigeordneter Mönter legte dar, dass es sich bei der Dachsanierung in Bauchem um eine energetische Sanierung handle, die auch ohne den energetischen Teil auf Grund von Durchnässung und Vandalismus dringend erforderlich gewesen wäre. Die Maßnahme müsse im nächsten Jahr durchgeführt werden und lohne sich nun besonders auf Grund der Förderung für energetische Sanierungsmaßnah-

men. Unklar sei, ob die erzielte Energieeinsparung tatsächlich erreicht werden könne. Es sei jedoch sicher, dass die energetische Sanierung des Daches einen großen Beitrag zur Energieeinsparung leisten werde. Die Sanierung des ganzen Gebäudes sei aufwändiger und bedürfe einer umfassenden vorherigen Planung. Eine solche Planung sei zwar möglich, allerdings gebe es momentan ein Klimaschutzteilkonzept. Maßnahmen, die im Rahmen des Konzeptes durchgeführt werden könnten, würden derzeit noch identifiziert. Die Sanierung des Daches sei erforderlich. Das übrige Gebäude habe man nicht aus den Augen verloren. Über geeignete Maßnahmen werde nachgedacht. Beispielsweise seien Arbeiten an den Fassaden möglich. Diese sollten jedoch mit der zukünftigen Gesamtplanung vereinbar sein. Auch müsse unter anderem das Brandschutzkonzept beachtet werden.

Herr Stadtverordneter Kravanja erklärte, dass die Bürgerliste den Vorschlag der Verwaltung für gut befände. Er machte jedoch wie Herr Stadtverordneter Benden darauf aufmerksam, dass für die energetische Erneuerung der Straßenbeleuchtung auf LED-Technik mehr Geld benötigt werde als geplant. Durch den Kommunalinvestitionsförderfonds sollten Investitionsstaus abgebaut werden, sodass geplante Investitionen ermöglicht werden könnten. Für die Umrüstung auf LED-Technik seien im Haushaltsplan 150.000 Euro eingeplant worden. Weitere 150.000 Euro seien für Straßenverkabelung und ähnliches vorgesehen, würden aber auch zur Finanzierung Umrüstung auf LED verwendet. Fraglich sei, ob die Mittel aus dem Förderfonds auch anderweitig verwendet und beispielsweise breiter auf die Stadt Geilenkirchen verteilt werden könnten. Probleme aus den vergangenen Wochen sollten gelöst werden. So sei etwa die Brandmeldeanlage in einer Grundschule defekt und müsse erneuert werden, um die Sicherheit im Brandfall wieder zu gewährleisten. Außerdem sei die Beleuchtung der Straße Im Bruch im Ortsteil Gillrath nicht ausreichend. Nach Aussage des Herrn Technischen Beigeordneten Mönter gebe es keine finanziellen Mittel für eine ausreichende Straßenbeleuchtung. Durch die Nutzung der Mittel aus dem Förderfonds könne der Misstand behoben werden.

Herr Stadtverordneter Dr. Evertz widersprach Herrn Technischen Beigeordneten Mönter dahingehend, dass der Sanierungsbedarf der Sporthalle Bauchem bereits lange bekannt sei. Es gebe seit längerer Zeit Beschwerden. So würden etwa Fenster offen stehen und Geräteräume nicht isoliert sein. Außerdem gebe es bei Schließung der Türen große Lücken, durch die Wärmeenergie austreten könne. Auf ein Gesamtkonzept sei lange gewartet worden. Kleinere Maßnahmen seien immer weiter in die Zukunft herausgeschoben worden. Nun solle nicht mehr länger auf ein Gesamtkonzept gewartet werden. Es solle ein Konzept erstellt werden, das Auskunft darüber geben solle, welche Einspareffekte durch welche Maßnahmen erzielt werden könnten.

Herr Stadtverordneter Grundmann führte aus, dass die SPD-Fraktion die von der Verwaltung vorgeschlagenen Maßnahmen befürworte. Es sei gut, dass die Mehrzweckhalle Lindern erhalten werde. Dies habe eine große Bedeutung für den Ortsteil Lindern. Die SPD-Fraktion befürworte außerdem den Vorschlag der Bürgerliste zur Verwendung der Mittel aus dem Förderfonds zur Reparatur der Brandmeldeanlage.

Herr Goertz erklärte, dass durch den Kommunalinvestitionsförderfonds nur Maßnahmen im Rahmen der energetischen Sanierung gefördert werden könnten. Die Repara-

tur der Brandmeldeanlage sei daher nicht förderfähig. Die Durchführung der Reparatur könne jedoch für den Haushalt 2016 beantragt werden. Der eingeplante Betrag für die Straßenbeleuchtung werde im Jahr 2016 gegenüber dem Jahr 2015 erhöht, da eine Verpflichtung zum Austausch bestimmter Lampentypen bestehe. Die LED-Technik funktioniere. Die Umrüstung führe zu hohen Einsparungen und weise eine kurze Amortisationszeit auf. Die Amortisationszeit von Maßnahmen in der Turnhalle Bauchem sei nicht klar. Die Maßnahme zur energetischen Erneuerung der Straßenbeleuchtung auf LED-Technik solle auf Grund ihrer Wichtigkeit wie geplant durchgeführt werden.

Herr Stadtverordneter Kravanja betonte, dass für die Umrüstung auf LED-Technik nur 150.000 Euro im Haushalt eingeplant worden seien. Gelder könnten umverteilt werden, sodass Mittel zur Finanzierung der Reparatur der Brandmeldeanlage genutzt werden könnten. Bis vor ein paar Monaten war noch nicht klar, dass die Stadt Gelder aus dem Kommunalinvestitionsförderfonds erhalte. Nun solle die Gelegenheit zur Durchführung notwendiger Maßnahmen genutzt werden.

Herr Technischer Beigeordneter Mönter stellte klar, dass die Reparatur der Brandmeldeanlage wegen des Brandschutzes sinnvoll sei. Eine Meldung im Brandfall werde jedoch auch aktuell gewährleistet. Die elektrische Brandmeldeanlage sei durch eine Handsirene ersetzt worden, um die Alarmierung sicherzustellen. Auch eine elektrische Anlage müsse durch eine Person ausgelöst werden. Seit Jahren werde kontinuierlich in Brandschutz an Schulen und anderen städtischen Gebäuden investiert. Die Sanierung der momentan defekten Anlage sei auch im Zusammenhang mit einer im nächsten Jahr geplanten detaillierten brandschutztechnischen Sanierung vorgesehen. Es sei sichergestellt, dass jetzt und in Zukunft keine Gefährdung bestehe und Fluchtmöglichkeiten existieren. Für die aktuellen Gegebenheiten gelte Bestandsschutz. Es müsse jedoch niemand um mangelnde Fluchtwege fürchten. Erforderliche Maßnahmen müssten abgearbeitet werden. Auch in der Vergangenheit seien Mittel zum Brandschutz im Stadtgebiet investiert worden.

Herr Stadtverordneter Benden unterstrich die Äußerung des Herrn Technischen Beigeordneten Mönter. Brandschutz sei nach wie vor vorhanden. Dies müsse nach außen betont werden. Er stimmte Herrn Stadtverordneten Kravanja jedoch dahingehend zu, dass die Reparatur durchgeführt werden müsse. Wenn diese bereits eingeplant sei, sei es in Ordnung. Gegenüber der Öffentlichkeit müsse deutlich gemacht werden, dass die Reparatur nicht absolut dringend notwendig sei und Brandschutz weiterhin bestehe. Hinsichtlich der Sporthalle Bauchem werde die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Maßnahme als Teil des von der Verwaltung vorgestellten Pakets beschließen, da die Maßnahmen gut, vernünftig und zielführend seien. Die Verwaltung solle jedoch beauftragt werden, einen Plan vorzulegen und sinnvolle Maßnahmen zur energetischen Sanierung der Sporthalle Bauchem zu identifizieren. Nicht genutzte Mittel des Förderfonds sollten für die Sporthalle eingesetzt werden.

Bürgermeister Fiedler fasste zusammen, dass die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen dem Vorschlag der Verwaltung zustimmen, jedoch die Verwaltung ergänzend aufgefordert werden solle, weitere Wege zu suchen, die Sporthalle Bauchem zeitnah energetisch zu sanieren. Die Fraktion der Bürgerliste fordere eine andere Verwendung von

Geldern, die im Haushalt auf Grund der Förderung einiger Maßnahmen durch den Kommunalinvestitionsförderfonds frei werden.

Herr Stadtverordneter Kravanja erklärte, dass durch den Kommunalinvestitionsförderfonds Investitionsstaus abgebaut werden sollten. Ein Investitionsstau liege beispielsweise bei der Straße Im Bruch vor.

Bürgermeister Fiedler schlug vor, dass die Verwaltung zusichern könne, sich der Sache zu widmen.

Herr Stadtverordneter Gerads erklärte sich mit dem Vorschlag des Bürgermeisters einverstanden. Es sei wichtig, dass zwei zusätzliche Masten in der Straße Im Bruch installiert werden sollten, um eine ausreichende Beleuchtung zu gewährleisten.

Herr Technischer Beigeordneter Mönter betonte, dass die Straße mit LED-Leuchten versehen sei. Die Standorte der Leuchten seien nicht veränderbar, da sonst neue Masten aufgestellt werden müssten. Bei der Umrüstung auf LED sei die Einhaltung bestimmter Vorgaben geplant gewesen. Diese Vorgaben hätten auf Grund der Positionen der Masten nicht eingehalten werden können. Eine Berechnung der NEW habe ergeben, dass die Ausleuchtung mit Hilfe von LED-Leuchten verbessert worden sei. Falls neue Masten installiert werden müssten, müssten möglicherweise Anliegerbeiträge erhoben und die komplette Beleuchtung der Straße Im Bruch erneuert werden. Die Aufstellung zweier zusätzlicher Masten helfe nicht weiter, da die LED-Köpfe in den Leuchten auf die aktuelle Situation angepasst worden seien.

Bürgermeister Fiedler hielt fest, dass die Bürgerliste auf unzureichende Beleuchtung der Straße Im Bruch hinweise. Die Verwaltung werde diese Angelegenheit prüfen.

Herr Stadtverordneter Kravanja fragte, ob alternativ auch höhere Masten aufgestellt werden könnten, um möglicherweise die Ausleuchtung zu verbessern.

Bürgermeister Fiedler erklärte, dass der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen über den Beschluss der Mittelverwendung entsprechend der Vorlage der weitestgehende sei. Die Verwaltung solle zudem aufgefordert werden, sich für weitere Schritte der energetischen Sanierung der Turnhalle Bauchem weitestgehend zu engagieren.

Herr Stadtverordneter Benden ergänzte, dass lediglich ungenutzte Gelder aus dem Kommunalinvestitionsförderfonds zur weiteren Sanierung der Halle eingesetzt werden sollten.

Bürgermeister Fiedler betonte, dass dadurch keine zusätzliche haushalterische Belastung ausgelöst werde.

Beschlussvorschlag:

Der Rat beschließt die Mittelverwendung entsprechend der Vorlage. Die Verwaltung wird aufgefordert, sich für weitere Schritte der energetischen Sanierung der Turnhalle

Bauchem weitestgehend zu engagieren. Zur Finanzierung dieser Schritte sollten ungenutzte Gelder aus dem Kommunalinvestitionsförderfonds eingesetzt werden.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	16
Nein:	0
Enthaltung:	0

**TOP 3 Bürgerantrag zur Zahlung eines Zuschusses zum Bürgertreff
Vorlage: 374/2015**

Herr Stadtverordneter Benden erklärte vor Beginn der Beratungen zu diesem Tagesordnungspunkt seine Befangenheit und zog sich in den Zuschauerraum zurück.

Bürgermeister Fiedler legte dar, dass die Verwaltung im Vorfeld dieser Sitzung bereits Gespräche mit den Fraktionen geführt habe. Da es sich um einen Bürgerantrag nach § 24 GO NRW handele, schlug er vor, die in der Vorschrift verankerte Möglichkeit zu nutzen, der Petentin Gelegenheit zur Vorstellung des Anliegens zu geben. Die Verwaltung werde danach ihre Position aus finanzieller und sozialer Perspektive darstellen. Zunächst solle darüber abgestimmt werden, ob die Petentin Frau Abels zur Begründung des Antrags vor den Ausschuss treten solle.

Beschlussvorschlag:

Die Petentin erhält die Möglichkeit zur Begründung des Antrags vor dem Haupt- und Finanzausschuss.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	15
Nein:	0
Enthaltung:	0

Bürgermeister Fiedler begrüßte die Petentin Frau Abels, die vor den HFA zur Begründung des Antrags trat.

Frau Abels schilderte, dass der Bürgertreff seit drei Jahren existiere. Eine Anschubfinanzierung in Höhe von 11.000 Euro sei unter anderem von der Caritas und dem Bistum Aachen gewährt worden. Seit zwei Jahren würden Ausgaben des Bürgertreffs zu zwei Dritteln vom Vorstand und dem Team des Bürgertreffs übernommen. Damit das

Bestehen des Bürgertreffs zunächst für die Jahre 2016 und 2017 gesichert werden könne, sei ein Zuschuss beantragt worden. Der Bürgertreff werde aktuell durch Sponsoren und Mitgliederbeiträge finanziert. Das 16-köpfige Team des Bürgertreffs sei unter anderem auf Stadtfesten präsent, um Spenden zu sammeln und auf den Treff aufmerksam zu machen. Über das ganze Jahr verteilt würden Veranstaltungen wie etwa Flohmärkte durchgeführt, durch die Einnahmen erzielt werden könnten. Durch den beantragten Zuschuss der Stadt könnten ein Drittel der Kosten gedeckt werden. Im Bürgertreff werde Bürgern Raum zur Beantwortung von Fragen gegeben. Bürger würden Hilfe bei Anträgen und Informationen über Hilfseinrichtungen erhalten. Außerdem werde Einsamkeit vorgebeugt. Der Treff trage zum allgemeinen Wohlbefinden bei und sei sowohl gut für die ehrenamtlichen Helfer, da diese Anerkennung erfahren, als auch gut für die Gäste, die Hilfe erhalten. Durch die Schaufensterfront werde Präsenz geschaffen. Beispielsweise seien auch Menschen auf der Straße vor dem Bürgertreff angesprochen und zum Besuch des Treffs eingeladen worden. Der Treff werde von Menschen unterschiedlicher Herkunft und Hintergründe besucht und sei daher ein Treff für alle Menschen. Wöchentlich zähle der Treff zwischen fünfzig und siebzig Besucher, darunter auch einige Stammgäste. Zusätzlich zum offenen Treff gebe es Einzelveranstaltungen, bei denen die Besucherzahlen zwischen zehn und vierzig Personen liegen. Die Kapazitätsgrenze der Räumlichkeiten liege bei etwa vierzig Personen. Die Einzelveranstaltungen würden von Bürgern organisiert, verantwortet und durchgeführt und dienen etwa zur Vermittlung von besonderem Wissen.

Bürgermeister Fiedler dankte Frau Abels für die Darstellung. Die Verwaltung werde nun die Argumente für und gegen die Gewährung eines Zuschusses aus haushalterischer und sozialer Sicht darstellen. Herr Goertz werde die haushalterische und Herr Erster Beigeordneter Brunen die soziale Perspektive erläutern.

Herr Goertz machte darauf aufmerksam, dass es sich bei der Gewährung eines Zuschusses in Höhe von 5.000 Euro jährlich um eine freiwillige Leistung handele. Der Zuschuss diene zur Deckung der Mietkosten. Alternativ zur Gewährung eines Mietkostenzuschusses könne die Stadt Geilenkirchen Räumlichkeiten zur Verfügung stellen. Möglich sei etwa die Nutzung von Räumlichkeiten der GGS Geilenkirchen und der Realschule. Die Gemeindeprüfungsanstalt habe in ihrem Bericht im vergangenen Jahr auf Flächenüberhänge hingewiesen und angeregt, freie Räumlichkeiten effektiver zu nutzen. Auch im Haus Basten könne der Bürgertreff gegebenenfalls untergebracht werden, da möglicherweise eine angemietete Wohnung in naher Zukunft frei werde. Der Verein müsse prüfen und beurteilen, ob die angebotenen Räumlichkeiten zur Nutzung geeignet seien.

Bürgermeister Fiedler fasste zusammen, dass Herr Goertz sich für die Suche nach anderen Wegen ausgesprochen habe, anstatt freiwillige Ausgaben der Stadt durch die Gewährung eines Zuschusses zu erhöhen. Herr Erster Beigeordneter Brunen werde nun den Bürgertreff aus sozialer Perspektive vorstellen.

Herr Erster Beigeordneter Brunen stellte klar, dass seine Ausführungen nicht als Gegenrede zu den Aussagen des Herrn Goertz verstanden werden sollten. Er stimme den Ausführungen des Herrn Goertz zu. Wenn städtische Räumlichkeiten eine gute Alternative zu dem aktuellen Standort des Bürgertreffs seien, müsse die Möglichkeit

zur Nutzung dieser Räume geprüft werden. Er werde die sozialpolitischen Implikationen der letzten Jahre und der Zukunft darstellen. Durch den Bürgertreff werde eine große Personengruppe mit unterschiedlicher Struktur angesprochen. Eine vergleichbare Einrichtung gebe es derzeit nicht im Stadtgebiet. Monatlich würden etwa 300 Personen angesprochen. Dies spreche für die Etabliertheit und positive Ausrichtung des Bürgertreffs. Die gesellschaftspolitischen Auswirkungen des Treffs seien für alle sichtbar. Durch das Veranstaltungsprogramm würden unterschiedliche Gruppen angesprochen. Es gebe viele verschiedene Veranstaltungen. Am besten sei es, wenn die von Herrn Goertz und von Herrn Ersten Beigeordneten Brunen genannten Aspekte beachtet werden könnten. Das Angebot habe sich in der Vergangenheit bewährt und solle aufrechterhalten werden.

Bürgermeister Fiedler schlug vor, dass alternative Räumlichkeiten mit dem Verein geprüft werden könnten und dann über den Antrag abgestimmt werden könne.

Herr Stadtverordneter Wolff erklärte, dass die CDU-Fraktion Herrn Ersten Beigeordneten Brunen und Herrn Goertz zustimme. Die Fraktion wisse die Arbeit des Treffs zu schätzen. Die Arbeit sei wichtig für die Stadt Geilenkirchen. Allerdings müsse die finanzielle Situation der Stadt beachtet werden, die momentan zur Disziplin bei freiwilligen Ausgaben zwingt. Anträge von Vereinen, die ebenfalls sinnvoll gewesen seien, seien auf Grund mangelnder finanzieller Mittel abgelehnt worden. Laut dem Bericht der Gemeindeprüfungsanstalt gebe es zu viele Räume in den städtischen Gebäuden. Diese Räume sollten besser ausgelastet werden. Die Verwaltung solle beauftragt werden, kurzfristig ernsthafte und zielorientierte Gespräche mit dem Bürgertreff zu führen. Es sei zwar wichtig, dass der Treff in der Stadt wahrgenommen werden solle, jedoch könne der Treff auch bei Platzierung an einer anderen Stelle wahrgenommen werden. Die Kosten für die Miete, die durch Nutzung städtischer Räume eingespart werden könnten, würden sich etwa auf die Höhe des beantragten Zuschusses belaufen.

Herr Stadtverordneter Mesaros legte dar, dass die Arbeit des Bürgertreffs geschätzt werde und wichtig für Geilenkirchen sei. Viele Bevölkerungsgruppen würden durch den Bürgertreff bedient. Problematisch sei, dass in der Vergangenheit Anträge wie etwa der Antrag zur finanziellen Unterstützung des Schulschwimmens, die genauso berechtigt waren wie der vorliegende Antrag des Bürgertreffs, mit Verweis auf die finanzielle Lage der Stadt abgelehnt worden seien. Ferner gebe es auch in den Außenorten förderungswerte Initiativen. Es sei gut, wenn ein Raum in einem städtischen Gebäude zur Verfügung gestellt werden könne. Die beteiligten Personen müssten eine Grundlage zur Planung haben. Das Haus Basten sei sehr zentral. Es habe zwar keine Schaufensterflächen, biete aber andere Möglichkeiten zur Wahrnehmung des Bürgertreffs. Die mögliche Nutzung städtischer Räume müsse schnellstmöglich geprüft werden.

Herr Stadtverordneter Grundmann führte aus, dass die SPD-Fraktion Frau Abels und der Verwaltung für die Beiträge danke. Bei der Beratung der Angelegenheit in der SPD-Fraktion habe es ebenfalls Vorschläge zur Nutzung städtischer Liegenschaften gegeben. Das Haus Basten sei besonders geeignet, da es die gute Stube der Stadt sei

und als Bürgerhaus genutzt werden solle. Es stelle daher die optimale Lösung dar, sofern der Treff einverstanden sei.

Herr Stadtverordneter Kravanja lobte die Arbeit und das Engagement des Bürgertreffs und erklärte, dass eine Gefährdung des Treffs verhindert werden müsse. Problematisch sei, dass das Haus Basten keine Schaufenster habe. Außerdem bestehe bei Veränderungen – wie hier in räumlicher Hinsicht – eine Gefahr für den Fortbestand des Treffs. Es müsse jedoch angemerkt werden, dass bei Gewährung eines Zuschusses ein Präzedenzfall geschaffen werde. Wichtig sei auch der zeitliche Faktor, da eine monatelange Suche nach Räumlichkeiten vermieden werden solle. Die Bürgerliste rege daher an, in dieser Sitzung noch nicht über die Gewährung eines Zuschusses abzustimmen, sondern die Abstimmung auf die Sitzung des Rates am 21.10.2015 zu verschieben. Falls in dieser HFA-Sitzung über die Gewährung eines Zuschusses abgestimmt werde, werde die Bürgerliste sich enthalten.

Herr Stadtverordneter Dr. Evertz lobte das soziale Engagement des Bürgertreffs. Zielführende Gespräche sollten geführt werden, sofern Ergebnisse in der Sitzung des Rates am 21.10.2015 präsentiert werden könnten. Die Antragsteller seien mit diesem Vorgehen einverstanden.

Bürgermeister Fiedler fasste zusammen, dass über die Angelegenheit in der Ratssitzung am 21.10.2015 ein Beschluss gefasst werden solle. Er formulierte folgenden Beschlussvorschlag: „Der Ausschuss beauftragt die Verwaltung, zeitnah bis zur Sitzung des Rates am 21.10.2015 Gespräche mit dem Verein „Bürgertreff e.V.“ zu führen und Alternativen zur Stellung von Räumlichkeiten durch die Stadt Geilenkirchen zu prüfen. Über den Antrag zur Gewährung eines Zuschusses wird in der Sitzung des Rates am 21.10.2015 abgestimmt.“

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss beauftragt die Verwaltung, zeitnah bis zur Sitzung des Rates am 21.10.2015 Gespräche mit dem Verein „Bürgertreff e.V.“ zu führen und Alternativen zur Stellung von Räumlichkeiten durch die Stadt Geilenkirchen zu prüfen. Über den Antrag zur Gewährung eines Zuschusses wird in der Sitzung des Rates am 21.10.2015 abgestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	16
Nein:	0
Enthaltung:	0


TOP 4 Verschiedenes

Zu diesem Tagesordnungspunkt gab es keine Wortmeldungen.

Bürgermeister Fiedler beendete den öffentlichen Teil der Sitzung nach diesem Tagesordnungspunkt. Er verabschiedete sich von der Öffentlichkeit und den Vertretern der Presse und dankte für das Interesse.

Sitzung endet um: 19:02 Uhr

Vorsitzender



Bürgermeister
Thomas Fiedler

Schriftführerin



Sandra Schuhmachers